

BEITRÄGE ZUM THEMA „WIE POLITISCH IST DIE ERZIEHUNGSWISSENSCHAFT?“

Methodologischer Ökonomismus Organische Experten im Erziehungssystem

Frank-Olaf Radtke

1 Politische Arithmetik

Für Politiker allgemein, für Bildungspolitiker im Besonderen ist die Aussicht verführerisch, die von ihnen betriebene Politik so präsentieren zu können, als beruhe sie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Gerade in einem Politikfeld, in dem unter großer ökonomischer, technologischer und demographischer Ungewissheit gehandelt werden muss, wo grundsätzlich umstrittene Konzepte zur Debatte stehen und basale Interessen gegeneinander ausbalanciert werden müssen, liegt die Wunschvorstellungen nahe, die Regierung könne ideologiefrei, von vermeintlich objektiven „Experten“ instruiert, die fälligen Entscheidungen zum Wohle aller „evidenzbasiert“ treffen.

Die OECD (2001, S. 208) beendet ihre Zukunftsstudie „Governance in the 21st Century“ mit der Aufforderung an die Regierungen, sich auf so etwas wie einen *Enlightend Pragmatism* einzurichten. Auf dem Wege zu dem, was sie den künftigen *Strategic State* nennt, der von Experten wie informierten Bürgern, denen ihre Optionen vor Augen geführt wurden, gleichermaßen gelenkt werden wird, sollen die Führer (*Leader*) sich ganz auf die Ökonomik verlassen. Eine prototypische Ökonomin, Diane Coyle¹, beschreibt das Leistungsangebot ihrer Disziplin ganz unbefangen so:

„It is a way of thinking that involves having the highest respect for empirical evidence, looking at charts and numbers, and working out what it makes sense to believe. [...] it also offers an unparalleled understanding of which policies and strategies will make our socie-

1 Coyle ist gefeierte Sachbuchautorin, *Head of Enlightenment Economics* einer Beratungsfirma u.a. für *Corporate governance and institutional reform*, zugleich auch Professorin an der Universität Manchester/UK. Auf der Homepage ihrer Firma gibt sie an, ihr jüngstes Buch *GDP: A Brief but Affectionate History* sei auf der *longlist* für die Auszeichnung *Business Book of the Year*, die von der Zeitschrift Financial Times und dem Beratungsunternehmen McKinsey gemeinsam vergeben wird.

ties function better. No other discipline can achieve the same enlightened pragmatism.“ (Coyle 2002, S. 10)

Es ist der alte Wunschtraum *politischer Arithmetik*, der seit dem 17. Jahrhundert geträumt wird. Beeindruckt von naturwissenschaftlichen Erkenntnissen und ihrer technischen Nutzung, brachte das Bacon'sche Motto: „Wissen ist Macht“ zuerst in England die Idee hervor, Herrschaft könne auf Wissen über ökonomische und soziale Gesetzmäßigkeiten gegründet, die Wirkung politischer Entscheidungen könnte errechnet werden. Bei ersten Versuchen, das künftige Steueraufkommen vorherzusagen, erkannte der englische Gelehrte und Politiker William Petty, dass die „Kombination und Interpretation bestimmter empirisch erfassbarer Daten [...] dem Staat ein bestimmtes Regierungshandeln nahelegen konnte“ (Lepenies 2013, S. 23). Das war der Beginn statistischer Selbstbeschreibungen in politischer Absicht, die Regierungen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert durch neu gegründete Statistische Ämter von „ihren“ Gesellschaften anfertigen lassen. Mit probabilistischen Mitteln will man seither die Entscheidungsunsicherheit der Verwaltungen in allen Politikfeldern minimieren und angestrebte Wirkungen ihrer Verfügungen optimieren. Die Regierung hofft, auf diesem Wege die Kontrolle über relevante soziale Vorgänge in der Gesellschaft und ihren Teilsystemen zu erlangen.

Die Idee der politischen Arithmetik hatte eine lange Inkubationszeit, bis sie, angetrieben von den Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung, in Form des Bruttoinlandsproduktes (BIP) (engl. GDP) in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ihren Durchbruch erlebte. Zuerst in Nordamerika und Europa, aber bald in der ganzen Welt, wurde die statistische Erfassung sämtlicher Wirtschaftstätigkeiten unverzichtbarer Teil der modernen Staatsführung. Eng verbunden mit der Erfindung des BIP ist der Aufstieg der Ökonomik zur Leit- und Musterdisziplin für alle anderen Staatswissenschaften, die politikrelevantes Wissen bereitstellen sollen.

Der daran anschließende Siegeszug der mathematisierten Wirtschaftswissenschaften wurde maßgeblich befördert von der OECD bzw. ihrer Vorgängerorganisation, der Organization for European Economic Cooperation (OEEC), die 1948 zur Überwachung der Verteilung der Marshall-Plan-Gelder gegründet worden war. Alle Empfängerländer hatten sich verbindlich an dem in den USA während des Krieges entwickelten Erhebungsverfahren auszurichten. Im Kalten Krieg diente die Einführung der wirtschaftlichen Gesamtrechnung in hegemonialer Absicht als Hebel, die Wirtschaftspolitiken der späteren OECD-Mitgliedsstaaten unter marktwirtschaftlichen, d. h. kapitalistischen Vorzeichen zu vereinheitlichen (vgl. Lepenies 2013, S. 157ff.). Oberste politische Maxime sollte die Steigerung der Produktivität und die

Beschleunigung des Wachstums sein. Das partikulare Interesse der Gewinnmaximierung wird zur vernünftigen Notwendigkeit verallgemeinert.²

2 Das Bruttobildungsprodukt

Mit dem „Programme for International Student Assessment“ (PISA) hat die OECD die in der Wirtschaftspolitik erprobte, freilich keineswegs unumstrittene Regierungstechnik der wirtschaftlichen Gesamtrechnung in einfacher Analogie auf die Bildungspolitik und das Erziehungssystem übertragen. Wie die (Volks-)Wirtschaft als ein operativ geschlossenes, autonomes System konzipiert wird, das als Ganzes von außen über ausgewählte Parameter gesteuert werden kann, so wird nun auch die Erziehung als nationales System aufgefasst, das in seinem Verhalten mit denselben Methoden zu beeinflussen sein müsste. Für diese Zwecke wird eine Art pädagogische Gesamtrechnung eingeführt. Die Ergebnisse von Kompetenzmessungen bei Fünfzehnjährigen werden der erstaunten Öffentlichkeit seither als das nationale Bruttoinlandsprodukt des Bildungssystems präsentiert.

Die PR-technisch gut vorbereitete Bekanntgabe der Kennziffern im Dreijahresrhythmus hat in den Öffentlichkeiten der Erziehung die Wirkung, welche auch die vierteljährliche Mitteilung des BIP an „den Märkten“ auslöst. „Im Ergebnis verfällt“, so Niklas Luhmann (1997, S. 1099) „die Gesellschaft in eine Art statistische Normaldepression“, weil jede Nachricht, die nicht eine Verbesserung, nicht eine weitere Steigerung, also Wachstum verkündet, eine schlechte Nachricht ist.

Die Wachstumsideologie geradezu verkörpernd, den globalen Wettbewerb als Herausforderung beschwörend fühlen die Bildungsexperten der OECD sich für genau diese Art der „Produktion von Suboptimalitätsdiagnosen“ (Baecker 2010) zuständig. Solche Diagnosen können Betriebswirte mit Blick auf ökonomische Effizienz und technische Effektivität in allen möglichen Situationen und Bereichen stellen – im synchronen wie im diachronen, nationalen wie internationalen Vergleich. Alles könnte immer besser sein. Allfällige Rankings konstruieren eine statistische Realität, die dazu dienen soll, das jeweilige System auf Wachstum zu trimmen – und im Inneren im-

2 Alternativ wird eine Diskussion um das „Bruttonationalglück“ (Gross National Happiness) geführt, das die Regierung des Himalaya-Staates Butan in die Diskussion gebracht hat. Eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat die Anstöße aufgegriffen, wenn sie u.a. einen neuen Begriff von Wohlstand und eine neue Methode der Wohlstandsmessung vorschlägt, die von der Wachstumsideologie abrücken und neben materiellen auch soziale und ökologische Dimensionen des Wohlstandes abbilden sollen (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/133/1713300.pdf> [Zugriff: 23. März 2015]).

mer neuen Optimierungsdruck zu erzeugen. Selbst wenn man an der Spitze stünde, müsste man sich weiter anstrengen!

Wie die Standardisierung der Erhebungsmethode des BIP der Harmonisierung der Wirtschaftspolitiken in der OECD-Welt und der Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung in der Systemkonkurrenz dienen sollte, so ist auch das Bruttobildungsprodukt als Instrument der bildungspolitischen Vereinheitlichung gedacht. Die mit PISA 2000 in die OECD- und EU-Welt eingeführten, von Psychometrikern entworfenen „Kompetenzstufen“, die das pädagogische Konzept der nicht vermessbaren „Bildung“ abgelöst haben, verpflichten die Mitgliedsstaaten auf ein wiederum an angloamerikanischen Vorbildern orientiertes technologisches Erziehungsverständnis, das aus den nationalen Curricula herausgelöst wird und sich an einer extern bestimmten Nützlichkeit auszuweisen hat. Wer bei dieser Transformation der Selbstbeschreibung nicht mitmachen wollte, geriete in den Verdacht der Irrationalität.

3 Methodologischer Ökonomismus

Die OECD-Erfindung eines nationalen Bruttobildungsproduktes kann als ein exemplarischer Fall „methodologischen Ökonomismus“ eingeordnet werden. Der Begriff stammt von dem Philosophen und Volkswirtschaftler Karl Hermann (2002, 2006) und meint zunächst eine Strategie der Theoriebildung. Die Ökonomik lasse sich in ihrem Erklärungsanspruch nicht auf ihren Gegenstand, die Wirtschaft, beschränken, sondern könne ihre Prämissen, ihre Methoden und Denkweisen mit Aussicht auf Erkenntnisgewinn auf alle anderen Felder sozialen Handelns ausdehnen. Gary S. Beckers Konzept des *Human Capital* wäre ein Beispiel.

Im Modell des methodologischen Ökonomismus wird das Individuum zum Homo oeconomicus kondensiert und sein Handeln auf die einfache Grundform der Zweckrationalität reduziert, die von einer Orientierung am Eigennutz und einem Maximierungs- und Steigerungskalkül geleitet wird. Soziales Handeln erscheint als Tausch von Äquivalenten, letztlich als ein (Wahl-)Verhalten zwischen Alternativen, das durch materielle Anreize konditioniert werden kann. Organisationen werden als zweckrationale Unternehmen gedacht, die einlinig der Rationalisierung und der Gewinnmaximierung dienen, die Gesellschaft wird als Ensemble funktional aufeinander bezogener spezialisierter Systeme vorgestellt, die füreinander Leistungen zu erbringen haben.

Der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich spricht angesichts der Expansionstendenzen der Ökonomik in kritischer Absicht von normativem Ökonomismus als der „Großideologie der Gegenwart“. Alles andere als „das postideologische Zeitalter“ einleitend, habe „kaum je zuvor [...] eine einzige ideologische Argumentationsform weltweit einen vergleichbaren Einfluss ausgeübt“ (Ul-

rich 2000, S. 556). Zur Ideologie wird der Ansatz erst, wenn mächtige Akteure wie die EU, die OECD und schließlich die deutschen Kultusminister mit dieser Verhaltensökonomie Politik machen, wenn sie das ökonomische Denken zur Regierungstechnik transformieren und – im Wege einer „funktionalen Entdifferenzierung“ (Vogl 2015, S. 29) – etwa Märkte auch da schaffen, wo bislang keine waren. Dann kann die Entgrenzung der Marktideologie mit politischer Stoßrichtung auch als „ökonomischer Imperialismus“ (vgl. Radnitzky/Bernholz 1987) diskutiert oder aber im Wahlkampf empört als „ökonomischer Totalitarismus“ (Heiner Geißler, zit. in Spiegel online 2005) gebrandmarkt werden.

Der methodologische Ökonomismus der OECD beschränkt sich nicht auf die Substitution der Semantik, die ökonomische Re-Deskription des Schulsystems und die Einführung der Marktsteuerung. Um die deutsche akademische Pädagogik in die Regierungstechnik des *Enlightend Pragmatism* einzupassen, musste die Disziplin auch organisatorisch nach dem Vorbild der Ökonomik zur Empirischen Bildungsforschung umgebaut werden. Die Transformation kam einem Neuaufbau auf dem Nachbargrundstück gleich, während man die bestehenden Gebäude, die bislang von der DGfE betreut wurden, zumindest teilweise verfallen lässt. In der Gründung der Gesellschaft für Empirische Bildungsforschung (GEBF) hat diese Strategie „der strukturellen Stärkung“ nutzenorientierter Forschung auch symbolisch ihren vorläufigen Abschluss gefunden.

4 Organische Experten

Mit „der Ökonomik“ ist nicht eine wissenschaftliche Disziplin im herkömmlichen Sinne gemeint, die ihre Problemstellungen theoretisch selbst bestimmt und Paradigmenkonflikte intern mit der Macht des besseren Arguments austrägt. Gemeint ist etwas anderes: eine Form interessierten Wissens, das die soziale Realität (mit)erzeugt, die es beschreibt. Ökonometriker sind so etwas wie „organische Experten“ des bestehenden Systems,³ Botschafter jener „Großideologie der Gegenwart“, die im Interesse ihrer Auftraggeber nach „Erklärung zwecks Gestaltung“ suchen (Homann/Suchanek 2005, S. 24ff.).

In der internationalen Ökonomik haben sich, nicht zuletzt unter dem Dach transnationaler Organisationen, Netzwerke von Experten formiert, die über die OECD, die Worldbank (WB), den International Monetary Fonds (IMF), die World Trade Organization (WTO) und schließlich die European Union (EU) gespannt sind. Entstanden ist eine *epistemic community* (Haas 1992),

3 Von Antonio Gramsci stammt der ältere Begriff des „organischen Intellektuellen“, der öffentlich die Interessen und Sichtweisen einer bestimmten sozialen Klasse artikuliert (vgl. Gefängnishefte, Band 7, Heft 12 § 1, S. 1500).

im Wortsinn eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, die Einfluss auf die Politik nimmt. Mehr oder weniger alle an denselben universitären Schulen trainiert, werden die Mitglieder von denselben Prämissen und Überzeugungen geleitet. Die internationalen „Top-Experten“ der Ökonomie teilen grundlegende Denkmuster, zumal solche über Kausalzusammenhänge, aber auch über Kriterien der Gültigkeit von Aussagen. Zugleich bearbeiten sie politikrelevante Fragen und folgen dabei einer gemeinsamen Agenda. Mal als Wissenschaftler, mal als sachverständige Ratgeber der Politik, mal selbst als Entscheider in Regierungsämtern oder als Unternehmer agierend, stellen sie ihren Sachverstand, dem jeweiligen Zeitgeist verpflichtet, keineswegs ideologiefrei, in den Dienst der kapitalistischen Handlungslogik und Rationalität.

Etwas Vergleichbares schwebt der OECD und den deutschen Adepten der neuen Regierungstechnik für das selbst erschaffene transnationale Erziehungssystem vor. In Deutschland haben Bund und Länder über die von ihnen kontrollierten Institute der Leibniz-Gemeinschaft (Blaue Liste) nutzenorientierte Forschung auch in der Sektion A: Geisteswissenschaften und Bildungsforschung initiiert. Begründet wurde ein Leibniz-Forschungsverbund *Bildungspotenziale*, dem 16 Institute zugerechnet werden, darunter auch die großen Wirtschaftsforschungsinstitute wie das DIW in Berlin oder das ifo-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München. Letzteres koordiniert wiederum ein Europäisches Expertennetzwerk Bildungsökonomik (EENEE), das seinerseits von der EU unterstützt wird usw. Über Kooperationsvereinbarungen ihrer finanziell gut ausgestatteten Institute nehmen die Ministerien nachhaltigen Einfluss auf die strukturell unterfinanzierten Universitäten und ihre Fachbereiche, die solche Angebote nicht ablehnen können.⁴

Als Vorläufer der neuen außeruniversitären Forschungsinfrastruktur müssen die sogenannten PISA-Konsortien gelten, die mit der nationalen Organisation und Durchführung der OECD-Studien beauftragt waren. Sie mündeten in ein 2010 gegründetes „Zentrum für internationale Vergleichsstudien“ (ZIB) mit Sitz in München. Laut KMK ist es „eine gemeinsame wissenschaftliche Einrichtung aller 16 Länder und der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)“.⁵ In diesem Fall handelt es sich um einen Verbund aus Technischer Universität München (TUM), dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und dem Zentrum für Internationale Vergleichsstudien (ZIB).

4 Das ist einer der Hintergründe der Auseinandersetzungen über das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern bei der Wissenschaftsfinanzierung. In der Sprache der Bildungsmanager klingt das so: „Unterstützung der Profilierung der Hochschulen durch die außeruniversitären Forschungsorganisationen, geknüpft an einen Teil der jährlichen Aufwüchse der Budgets der außeruniversitären Forschungsorganisationen.“ (WR 2013, Hervorhebung im Original).

5 <http://www.kmk.org/bildung-schule/qualitaetssicherung-in-schulen/zib.html> [Zugriff: 23. März 2015].

dagogische Forschung (DIPF) und dem Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN). Beauftragt wird das Zentrum nicht nur mit der Durchführung der künftigen Assessments in Deutschland, sondern ihm obliegt auch die „daran angelehnte Forschung und wissenschaftliche Nachwuchsförderung“.

Von ähnlich zentraler Bedeutung ist das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB), das 2004 gegründet wurde. Es ist wiederum „eine wissenschaftliche Einrichtung aller 16 Länder der Bundesrepublik Deutschland“, diesmal an der Humboldt-Universität zu Berlin. Es organisiert die gemeinsamen Aktivitäten der Länder im Bereich der Qualitätssicherung und -entwicklung im allgemeinbildenden Schulsystem. Außerdem soll das IQB die Länder bei der neu etablierten „Bildungsberichterstattung für Deutschland“ unterstützen, die wiederum von einem Konsortium mehrerer staatlicher Institute, darunter das Deutsche Jugendinstitut, unter der Führung des DIPF veranstaltet wird.

Viele weitere derartige Verbünde, Zentren, Sachverständigenräte oder Thinktanks, die unter maßgeblicher Beteiligung operativer Stiftungen wie Bertelsmann, Mercator, Hertie oder Hector operieren, wären hier zu ergänzen, nicht zuletzt das Leibniz-Institut für Bildungsverläufe an der Universität Bamberg, das insbesondere das Nationale Bildungspanel (NEPS) betreibt, oder das gerade neu begründete Hector-Institut für Empirische Bildungsforschung an der Universität Tübingen usw. Die Zentren arbeiten alle nach dem Muster, mit finanziellen Anreizen Forschungsinhalte formal autonomer Einrichtungen zu beeinflussen. Nicht nur vernetzt, sondern auch eng verflochten, tauchen in deren jeweiligen Leitungsgremien und Kuratorien immer wieder dieselben Personen auf.

5 Gelenkte Evidenz

Die Verlagerung der erziehungswissenschaftlichen Wissensproduktion von den Universitäten auf außeruniversitäre Forschungsinstitute bzw. umgekehrt die Einbindung der universitären Fachbereiche in Verbünde außeruniversitärer Forschungsorganisationen ist eine Etappe in einer prototypischen Entwicklung. Die Universitäten konkurrieren mit Einrichtungen außerhalb der Hochschulen, die in der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und eben der Leibniz-Gemeinschaft organisiert sind. Allein die Institute dieser Verbünde haben zusammen einen Etat von fast acht Milliarden Euro pro Jahr. Das Geld fehlt den Universitäten.

Die Wissensproduktion der Gesellschaft lässt sich nicht auf das Wissenschaftssystem beschränken. „Der Ort der Produktion und Reproduktion des Wissens“, schreibt Rudolf Stichweh (2014, S. 341), sei nicht mehr ausschließlich das Wissenschaftssystem mit seinen privilegierten Orten, stattdes-

sen finde, auf Kooperationen, Verknüpfungen und Vernetzungen gestützt, „die Produktion und Reproduktion von Wissen gewissermaßen dezentralisiert in allen Funktionssystemen der modernen Gesellschaft statt“.

Die Beobachtung der Auslagerung der Forschung in die jeweiligen Funktionssysteme gilt für alle verwendungsorientierten Fächer, welche unter Wettbewerbsbedingungen und erhöhter Medienaufmerksamkeit die Nähe zur Politik und Wirtschaft suchen müssen. Mit der endgültigen Trennung von Forschung und Lehre werden manche Universitäten und ihre erziehungswissenschaftlichen Fachbereiche ganz aus der Forschung ausscheiden und können sich dafür wie Fachhochschulen auf die Berufsausbildung konzentrieren, während diese sich weiter spezialisieren.

Angesichts der gezielten Umgruppierungen in der Wissenschaftslandschaft wird man in Zukunft lernen müssen, einen Unterschied zu machen: zwischen disziplinär gebundenem, im Schutz der Universität im Wissenschaftssystem erzeugtem Wissen einerseits und nutzenorientiertem Expertenwissen andererseits, das im jeweiligen Funktionssystem selbst in eigens dafür geschaffenen Instituten erzeugt wird. Die „funktionale Entdifferenzierung“ könnte der Wissenschaft freilich auch neue Freiheiten verschaffen. „In der Gegenwart, in der allen Funktionssystemen eigene Wissensordnungen zuzuschreiben sind“, sei „der Stellenwert des wissenschaftlichen Wissens neu zu bestimmen“ (Stichweh 2014, S. 342). Der Wissenschaft könnten etwa die Entlastung von Anwendungserwartungen zugestanden werden, die sie wieder instand setzen würde, „einen radikal kritischen Umgang mit dem eigenen Wissen“ zu pflegen (ebd., S. 344).

Scheinbar objektive Kennzahlen der Wirtschafts- oder Bildungsmanager enthalten implizite Normierungen, die als unbeabsichtigte Nebenwirkungen ja nicht unbemerkt bleiben, die aufzuklären früher die Aufgabe der unabhängigen Wissenschaft war. Die Ökonomik hat nicht erst nach der Banken-, Schulden und Euro-Krise, die sie nicht nur nicht vorhergesehen, sondern zumindest teilweise auch mit verursacht hatte, damit begonnen, die Folgen ihrer disziplinären Entgrenzung zu bedenken und an ihrer Entflechtung zu arbeiten.

Die deutsche Erziehungswissenschaft befindet sich noch mitten im Prozess der Entgrenzung. Gefordert und gefördert wird von der KMK und dem BMBF ein Typ Bildungsexperte, der zwischen Universität, operativen Stiftungen, privaten Thinktanks und den Verwaltungen der Länder wechselnd, die Entscheider zuverlässig mit relevantem Wissen versorgt. Als „Vetospieler“ (Tsebelis 2002) gefürchtete Abweichler oder Opponenten, die in der alten Rolle der intellektuellen Kritik an den Universitäten verharren, werden wo möglich disziplinär als Häretiker marginalisiert und medial ignoriert.

Soweit PISA ein Symptom des Neo-Liberalismus und eine Operationalisierung der zugehörigen Bewunderung für politische Arithmetik ist, musste man erwarten, dass der Primat der Politik zu erodieren drohte. Wenn man die

Grundlagen bildungspolitischer Entscheidungen auf „Charts and Numbers“ umstellt und im tiefem Respekt vor statistischer Evidenz das Feld Betriebswirten, früher hätte man gesagt Technokraten, überlässt, könnten Politiker in die Abhängigkeit ihrer Berater geraten – müssen aber nicht. Zahlen machen den Eindruck, als ob sie Fakten wären, die für sich selbst sprächen. Diesen Anschein der alternativlosen Evidenz kann die Regierung manipulativ vor dem Publikum erwecken und doch nur Interessen camouflieren oder als Werte beschwören. Sie muss nur aufpassen, welche Evidenz sie bei ihren Experten bestellt und verhindern, dass die Politik-Designer auf eigene Rechnung arbeiten.

Frank-Olaf Radtke, Prof. Dr., ist Professor i. R. am Institut für Allgemeine Erziehungswissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt.

Literatur

- Baecker, Dirk (2010): Der Manager. In: Moebius, S./Schroer, M. (Hrsg.): *Diven, Hacker, Spekulant*. Sozialfiguren der Gegenwart. Berlin: Suhrkamp, S. 261-276.
- Coyle, Diane (2002): *Sex, Drugs and Economics*. New York: Texere.
- Geißler, Heiner (2005): Geißlers Unternehmer-Schelte: Mafia, Drogenhändler und Terroristen. In: Spiegel online <http://www.spiegel.de/politik/debatte/geisslers-unternehmer-schelte-mafia-drogenhaendler-und-terroristen-a-353167.html> [Zugriff: 23. März 2015].
- Gramsci, Antonio (1991-2002): *Gefängnishefte*. Hrsg. v. Klaus Bochmann/Wolfgang Fritz Haug. 10 Bände. Hamburg: Argument-Verlag.
- Haas, Peter M. (1992): Introduction. Epistemic Communities and International Policy Coordination. In: Haas, P. M. (Hrsg.): *Knowledge, Power and International Policy Coordination*. Columbia: University, S. 1-36.
- Homann, Karl (2002): *Ökonomik: Fortsetzung der Ethik mit anderen Mitteln*. In: Forani, A./Nacke, S. (Hrsg.): *Wirtschaftsethik im Diskurs: Eine kritische Auseinandersetzung mit Karl Homann*. Münster: LIT, S. 19-50.
- Homann, Karl (2006): *Wirtschaftsethik: ökonomischer Reduktionismus?* Wittenberg: Zentrum für globale Ethik, Diskussionspapier Nr. 2006-3.
- Homann, Karl/Suchanek, Andreas (2005): *Ökonomik. Eine Einführung*. München: Mohr Siebeck.
- Lepénies, Philipp (2013): *Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts*. Berlin: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1962): Funktion und Kausalität. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 14, S. 617-644.
- Luhmann, Niklas (1997): *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. 2 Bände. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- OECD (2001): Governance in the 21st Century. Future Studies. www.oecd.org/futures/17394484.pdf [Zugriff: 23. März 2015].
- Radnitzky, Gerard/Bernholz, Peter (Hrsg.) (1987): Economic Imperialism. The Economic Approach Applied Outside the Field of Economics. New York: Paragon House Publishers.
- Stichweh, Rudolf (2014): Wissensordnungen und Wissensproduktion im 21. Jahrhundert. In: Merkur 68, 4, S. 336-344.
- Tsebelis, George (2002): Veto Players: How Political Institutions Work. Princeton: Princeton University Press.
- Ulrich, Peter (2000): Integrative Wirtschaftsethik: Grundlagenreflexion der ökonomischen Vernunft. In: Ethik und Sozialwissenschaften 11, 4, S. 555-567.
- Vogl, Joseph (2015): Der Souveränitätseffekt. Zürich, Berlin: diaphanes.
- Wissenschaftsrat (WR) (2013): Zukunftspakt für das Wissenschaftssystem. http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/hginfo_1713.pdf [Zugriff: 23. März 2015].